

Slowakei

Marta Králiková*

Im Jahr 2019 feiert die Slowakei ihre 15-jährige Mitgliedschaft in der Europäischen Union und ihr zehnjähriges Jubiläum in der Eurozone. Trotz wachsender Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in der Bevölkerung offenbart die politische Situation vor Ort einen schwindenden Konsens über die geopolitische Orientierung der Slowakei. Während Präsident Andrej Kiska und auch Premierminister Peter Pellegrini eine offen proeuropäische Haltung einnehmen, wirbt der Präsident des Nationalrats Andrej Danko für eine stärkere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland und unterstützt die illiberalen Regierungen in Ungarn und Polen.

Seit Juni 2018 haben mehrere wichtige Ereignisse die politische Landschaft in der Slowakei geprägt. Aus drei Wahlen – den Kommunalwahlen im Oktober 2018, den Präsidentschaftswahlen im März 2019 und den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 – ging die bisherige sozialdemokratische Regierungspartei Smer-SD geschwächt hervor. Im März 2019 gewann die Vize-Vorsitzende der liberalen Partei „Progressive Slowakei“ Zuzana Čaputová, eine Anwältin und Anti-Korruptionsaktivistin, die Präsidentschaftswahlen gegen den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič, der von Smer-SD unterstützt wurde.

Die Slowakei auf dem Prüfstand der Europäischen Union

Seit dem Mord an dem Investigativjournalisten Jan Kuciak im Februar 2018 steht die Slowakei unter strenger Beobachtung der EU-Institutionen. Nachdem eine Delegation des Europäischen Parlaments im März 2018 zum ersten Mal die Situation vor Ort evaluierte, reiste eine Überwachungsmission des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Parlaments in die Slowakei, um den Stand der Ermittlungen und die Rechtsstaatlichkeit zu bewerten. In ihrem Abschlussbericht bestätigte die Mission, dass die Situation in der Slowakei kein Rechtsstaatlichkeitsverfahren nach Art. 7 EUV erforderte, da sie die slowakische Demokratie als ausreichend resilient einstufte und relevante Behörden ordnungsgemäß arbeiteten, um den Mord aufzuklären. Trotzdem äußerten die Abgeordneten Bedenken aufgrund der mangelnden Maßnahmen der Regierung gegen die weitreichende Korruption.¹ Aus diesem Grund baten sie Europol um Unterstützung bei den Untersuchungen. Die dritte Mission des Europäischen Parlaments fand im Dezember 2018 statt und überprüfte Behauptungen slowakischer Bauern bezüglich des Missbrauchs von EU-Geldern sowie der Verfahrensweisen der Slowakischen Landwirtschaftlichen Zahlungsagentur. Das Ergebnis waren eine Reihe von Empfehlungen und die Weiterleitung

* Übersetzt aus dem Englischen von Leonie Düngefeld und Jana Schubert.

1 Peter Szalai: *Europoslanci: Slovensko sa snaží, nebudeme žiadať sankcie* [MEPs: Slovakia is trying hard, we will not ask for sanctions], in: *Euractiv*, 19.9.2018.

einiger Dokumente an das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) für weitere Untersuchungen.²

Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union

Nach längeren Diskussionen und Beratungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für 2021 bis 2027 äußerte die Slowakei mehrere Einwände gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission. Vor allem kritisiert sie die nachteilige Kürzung von Kohäsions- und Agrarpolitikfonds, wodurch die Slowakei nur noch 11,8 Mrd. Euro anstelle von 15,1 Mrd. Euro wie im vorherigen MFR erhalten würde, also 22 Prozent weniger.³ Die Slowakei hat ebenso Vorbehalte gegenüber der Rechtsstaatlichkeitsbedingung, welche Finanzkürzungen für Mitgliedstaaten vorsieht, die sich nicht an die Rechtsstaatsprinzipien halten. Laut der Slowakei sollte dieser Sanktionierungsmechanismus eher durch vorbeugende Maßnahmen ersetzt werden. Gleichzeitig ist die Slowakei bereit, ihren Beitrag zum EU-Budget aufgrund der wirtschaftlichen Konvergenz mit den anderen Mitgliedstaaten, der Notwendigkeit der Erhöhung des Budgets und des Austritts eines der größten Netto-Beitragszahler – des Vereinigten Königreichs – zu erhöhen.⁴ Im November 2018 war die Slowakei Gastgeber eines Treffens der „Friends of Cohesion“-Gruppe. In einer gemeinsame Erklärung forderten die 14 teilnehmenden Staaten einstimmig, die Kohäsionspolitik und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) auf dem Niveau des MFR 2014 bis 2020 fortzuführen und sprachen sich für einfachere, effektive und flexible Vorgehensweisen aus.⁵

Im Streit um die Rechtsstaatlichkeitssituation in Ungarn und Polen zieht die Slowakei den Sanktionen weiterhin den Dialog vor. Im Oktober 2018 schlug Andrej Danko, Parteivorsitzender der Slowakischen Nationalpartei und Parlamentspräsident, einen parlamentarischen Beschluss vor, der die Weiterführung eines „konstruktiven und effektiven Dialogs“ mit beiden Staaten forderte. Dieser wurde Anfang 2019 vom Nationalrat angenommen.

In den fortlaufenden Debatten über die Zukunft der Europäischen Union hat sich die Slowakei für eine glaubhafte, langfristige Vision ausgesprochen, welche die traditionellen Prioritäten mit neuen Herausforderungen, insbesondere soziale und wirtschaftliche Konvergenz sowie innere und äußere Sicherheit, in Einklang bringt.⁶ Für die nächste Europäische Kommission priorisiert die Slowakei die Themen Vollendung des Binnenmarktes, des digitalen Binnenmarktes und der Energieunion, die Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit.⁷ Die slowakische Regierung hat angegeben, die Ausweitung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit zu unterstützen, um einen effektiveren Entscheidungsprozess in Schlüsselbereichen wie Steuern, Sozialpolitik und

2 Europäisches Parlament: Draft report on the fact-finding mission to Slovakia, December 17–19, 2018, 22.1.2019, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/CONT/DV/2019/01-28/Slovakia_EN.pdf (letzter Zugriff: 22.6.2019).

3 Marián Koreň: Dlhodobý rozpočet Únie: Komisia chce Slovensku zoškrtat' eurofondy o vyše tri miliardy eur [Long-term EU budget: Commission wants to cut EU funds for Slovakia by 3 billion euros], in: Euractiv, 29.5.2018.

4 Marián Koreň/Viktória Pokorná: Slovensko by „za istých okolností“ mohlo podporiť nové vlastné zdroje rozpočtu EÚ [Slovakia could “under certain circumstances” support the proposed own resources in the EU budget], in: Euractiv, 2.7.2018.

5 Politico: Friends of cohesion joint declaration on the Multiannual Financial Framework 2021–2027, 29.11.2018.

6 Government Office of the Slovak Republic: Peter Pellegrini: Je našou povinnosťou chrániť strategické smerovanie SR, 15.4.2019, abrufbar unter: <https://www.vlada.gov.sk/peter-pellegrini-je-nasou-povinnostou-chronit-strategicke-smerovanie-sr/> (letzter Zugriff: 22.6.2019).

bestimmten Bereichen der Außenpolitik zu ermöglichen.⁸ Eine tragfähige Lösung für den britischen EU-Austritt war für die Slowakei die Voraussetzung für jegliche Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union. Da etwa 90.000 slowakische Bürger im Vereinigten Königreich leben und letzteres der fünftgrößte Investor in der Slowakei ist, bevorzugt die Slowakei ein Austrittsabkommen mit klaren Regeln und einem Entgegenkommen in Sachen Bürgerrechten, finanziellen Regelungen und den zukünftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen.

Als aktives Mitglied der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) hat die Slowakei stets die weitere Integration der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union sowie eine Vertiefung der EU-NATO-Kooperation unterstützt. Migration steht weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda – die Slowakei hat ihre Ablehnung der obligatorischen Verteilung Asylsuchender bestätigt, die Situation jedoch mittels finanzieller Hilfe und Unterstützung durch Sachverständige versucht zu beruhigen. Andererseits hob sie den Schutz der Außengrenzen, eine effektive Rückführungspolitik und eine engere Kooperation mit Heimat- und Transitländern der Migranten hervor. Die Slowakei unterstützt ferner überzeugt die Östliche Partnerschaft und die Erweiterung der Europäischen Union, insbesondere den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und Albanien.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Wie bereits der Ausgang der Kommunal- und Präsidentschaftswahlen angekündigt hatte, stellten auch die Wahlen zum Europäischen Parlament eine Trendwende dar. Mit 15,72 Prozent der Stimmen wurde die Smer-SD, der traditionelle Sieger bei Europawahlen, von der Koalition der Progressiven Slowakei und SPOLU (20,11 Prozent) überholt. Beide Parteien wurden erst im Jahr 2017 gegründet und teilen eine starke proeuropäische Haltung. Sie sprechen sich für eine vereinigte und starke Europäische Union aus, die für Freiheit, Demokratie, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung ihrer Mitgliedstaaten steht. Parallel zum Erfolg dieser proeuropäischen Koalition haben die Wahlergebnisse auch wachsende Unterstützung für die rechtsextreme Partei „Kotleba – Volkspartei Unsere Slowakei“ gezeigt, die 12,07 Prozent erzielte, obwohl die Partei ein Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union fordert. Allerdings änderte sie ihre Rhetorik kurz vor der Wahl und rief zu internen Reformen auf. Die Kernthemen ihres Wahlkampfes waren der Schutz des traditionellen Familienbildes und von Werten, die Verteidigung slowakischer Interessen und der Kampf gegen „das Diktat und den Totalitarismus aus Brüssel“, besonders in Bezug auf Einwanderung, Bürokratie und die ungleiche Behandlung der Mitgliedstaaten.

Drei andere Parteien gewannen Sitze im Europäischen Parlament – die „Christlich-Demokratische Bewegung“ (9,69 Prozent), „Freiheit und Solidarität“ (9,62 Prozent) sowie „Einfache Leute und Unabhängige Persönlichkeiten“ (5,25 Prozent). Alle drei forderten in gewisser Weise eine Reform der Europäischen Union, einen eurorealistischen Ansatz und Integration basierend auf dem Subsidiaritätsprinzip, gleichen Regeln und Flexibilität.

7 Ministry of Foreign and European Affairs of the Slovak Republic: Výročná správa o členstve Slovenskej republiky v Európskej únii – hodnotenie a aktuálne priority vyplývajúce z Pracovného programu Európskej komisie 2019 [Annual report on the membership of the Slovak Republic in the European Union – evaluation and priorities of the Working programme of the European Commission 2019], 28.2.2019, abrufbar unter: <https://rokovania.gov.sk/RVL/Material/23608/1> (letzter Zugriff: 22.6.2019).

8 Ministry of Foreign and European Affairs: Annual Report, 2019.

Überraschenderweise erhielten zwei andere Mitglieder der regierenden Koalition (die Slowakische Nationalpartei und Most-Híd) sowie die Bewegung „Wir sind Familie“ trotz ihres aktiven Wahlkampfes und ihres geschmiedeten Bündnisses mit der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) kein einziges Mandat.

Der Wahlkampf war vor allem bei jüngeren Parteien sichtbar, die sowohl proeuropäische als auch anti-europäische Wähler mobilisierten. Die Wahlbeteiligung stieg auf 22,74 Prozent an, fast 10 Prozent mehr als bei vorherigen Wahlen, und war somit die höchste Beteiligung seit dem EU-Beitritt der Slowakei, aber trotzdem nicht hoch genug, um den traditionellen letzten Platz im Vergleich zur Wahlbeteiligung in anderen EU-Mitgliedstaaten verhindern zu können.

Im Juni 2019 nominierte die Slowakei Maroš Šefčovič als Mitglied der nächsten Europäischen Kommission. Šefčovič war bereits seit 2009 Europäischer Kommissar, seit 2014 war er Vizepräsident und für die Energieunion verantwortlich.

Am 13. Juni 2019 beschloss der Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz, dass die Europäische Arbeitsmarktagentur als erste EU-Institution in der Slowakei ihren Sitz in Bratislava haben wird.⁹

Weiterführende Literatur

Peter Brezáni (Hrsg.): Yearbook of Slovakia's Foreign Policy. Research Center Of the Slovak Foreign Policy Association, Bratislava 2018, abrufbar unter: http://www.sfpa.sk/wp-content/uploads/2019/04/Rocenka_2018_web.pdf (letzter Zugriff: 22.6.2019).

Michaela Terenzani: EP election results: More good news from Slovakia, in: The Slovak Spectator, 26.5.2019.

Euractiv: Sefcovic loses to Caputova in Slovakia presidential election, 1.4.2019.

Daniel Milo/Katarína Klingová/Dominika Hajdu: Globsec Trends. Globsec, 2019, abrufbar unter: <https://www.globsec.org/publications/globsec-trends-2019/> (letzter Zugriff: 22.6.2019).

9 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Europäische Agenturen“ in diesem Jahrbuch.